

**CETA ablehnen, TiSA Verhandlungen stoppen - alle Freihandelsabkommen auf den Prüfstand. Für einen Neustart in der Handelspolitik!**

Die Bewegung gegen TTIP und CETA hat in den vergangenen drei Jahren eine ungeahnte Breite und Stärke entwickelt. Als BUND Naturschutz, BUND und Friends of the Earth (FoEE) waren wir von Anfang an Teil dieser Bewegung und haben uns frühzeitig und eindeutig gegen diese Form der umfassenden, sozial und ökologisch unvertretbaren Handelsabkommen positioniert. In den zurückliegenden drei Jahren ist es gelungen 3,5 Millionen Unterschriften zu sammeln, mehrmals weit über 100.000 Menschen auf die Straßen zu bringen und im Rahmen der ersten Stufe für ein Volksbegehren gegen CETA in Bayern ist es gelungen 50.000 Unterschriften innerhalb eines Tages zu sammeln. Hierzu haben auch die Kreis- und Ortsgruppen mit Infoständen und Veranstaltungen beigetragen.

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Bauern, Gewerkschaften, Kulturschaffenden sowie kleinen und mittleren Unternehmen haben wir viel erreicht, denn die Verhandlungen sind aus den Hinterzimmern in die Öffentlichkeit gebracht worden und es gibt ein breites öffentliches Bewusstsein, dass Deutschland und Europa nicht mehr „Freihandel“ sondern mehr „fairen Handel“ auch zur Friedenssicherung und Fluchtursachenbekämpfung benötigt.

CETA hat zwar mit Mühe die erste Hürde im Europaparlament genommen, muss jedoch von knapp 40 Parlamenten in allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. In Deutschland ist von zentraler Bedeutung, dass es ein Gesetzgebungsverfahren mit Bundestags- und Bundesratsbeteiligung geben wird. Ob CETA die weiteren Hürden übersteht, ist mehr als zweifelhaft – egal ob es am Ende vom Europäischen Gerichtshof, vom Bundesrat, vom Bundesverfassungsgerichtshof, von einem europäischen Mitgliedstaat oder durch eine Volksabstimmung in den Niederlanden gestoppt wird.

Handelsabkommen wie TTIP, TiSA und CETA greifen tief in die demokratischen Prozesse der Mitgliedstaaten ein. Der BUND Naturschutz tritt dem Versuch der Kommission entschieden entgegen, die Kompetenzen der Europäischen Union unter dem Deckmantel der Handelspolitik unrechtmäßig auszudehnen und die Rechte der Parlamente der Mitgliedstaaten im Rahmen der Ratifizierung auszuhebeln.

Während der Fokus der Öffentlichkeit auf TTIP, CETA und TiSA liegt, verhandelt die EU viele weitere Freihandels- und Handelsabkommen (z.B. mit Japan, den ASEAN-Staaten oder Kolumbien, aber auch mit Staaten aus Afrika, der Karibik und des Pazifik – AKP-Staaten). Allen gemein ist die Liberalisierung des Welthandels mit den gleichen Zielen wie in TTIP oder CETA. Insbesondere die geplanten Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten lehnt der BUND Naturschutz aufs Schärfste ab. Diese Abkommen sind geeignet, den Vertragsstaaten der EU massiven Schaden zuzuführen, sie kommen oft nur auf Druck der EU zustande und setzen Fluchtursachen. Denn diese Abkommen haben nie die Intention, den AKP-Staaten

einen gerechten Zugang zum Weltmarkt zu verschaffen und ihren Wohlstand zu mehren, sondern sind meist zur Verbesserung des Absatzes von EU-Produkten in diesen Ländern vorgesehen. Dadurch werden die Binnenmärkte dieser Länder zerstört (siehe das bestehende Abkommen der EU mit Ghana – Hühnerfleischexporte). Diese Abkommen sind damit Gründe für Armut und Perspektivlosigkeit und setzen Fluchtursachen. Ziel des BN ist es und es ebenso muss das Ziel der Weltgemeinschaft wie auch der EU-Politik sein, Fluchtursachen zu beseitigen.

Selbstverständlich suchen die Verfechter einer „marktgerechten Demokratie“ auch andere Wege. So ist TiSA das geheim verhandelte Abkommen zur Liberalisierung der Dienstleistungen bereits weit gediehen und die Europäische Kommission möchte einen weltweiten Investitionsgerichtshof etablieren. Deshalb ist es wichtig, diesen Versuchen ebenfalls entschlossen entgegenzutreten und Alternativen entgegenzusetzen. Diese Positionen wird der BUND Naturschutz in den Bundestagswahlkampf einbringen.

- Der BUND Naturschutz setzt sich daher für eine Europäische Union ein, die mehr als eine Wirtschaftsunion sein muss und die sich in ihrer Handelspolitik dem Schutz der Umwelt, der Nachhaltigkeit sowie fairen Handelsbeziehungen vor allem mit den Ländern des globalen Südens verpflichtet.
- Der BUND Naturschutz setzt seine handelspolitische Arbeit fort und setzt sich für eine ökologische und gerechte Weltwirtschaft ein. Dabei werden wir im Besonderen auf die sozialen und ökologischen Verpflichtungen internationaler Unternehmen und auf die Ausrichtung der Handelspolitik an den Zielen der Sustainable Development Goals (SDG) der UN-Generalsversammlung und den Zielen aus dem Klimaschutzabkommen von Paris hinweisen. Die Verbindung zwischen Globalisierung, Handelspolitik und Fluchtursachen ist ein zentrales Themenfeld für den BUND Naturschutz.
- Der BUND Naturschutz fordert die Offenlegung und öffentliche Diskussion aller in Planung oder in Verhandlung befindlichen sowie aller bereits abgeschlossenen Freihandels- und Handelsabkommen der EU, insbesondere der geplanten, in Verhandlung befindlichen oder bereits abgeschlossenen Abkommen mit den AKP-Staaten und mit Japan.
- Der BUND Naturschutz wird wie in den vergangenen Jahren die Aktivitäten der Stopp TTIP/ CETA-Bewegung aktiv mitgestalten und das Thema inklusiver möglicher alternativer Handelspolitik verstärkt in seine politische Arbeit einbeziehen.
- Der BUND Naturschutz fordert von der bayerischen Staatsregierung ein „Nein“ im Bundesrat bei der Abstimmung über CETA und von den bayerischen Bundestagsabgeordneten ein „Nein“ zu CETA.